

Protokoll

über die Sitzung des Orsrates der Ortschaft Neustadt a. Rbge. am Mittwoch, 01.02.2017, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Ortsbürgermeister/in

Herr Klaus-Peter Sommer

Stellv. Ortsbürgermeister/in

Herr Johannes-Jürgen Laub

Mitglieder

Frau Karin Bach
Herr Heinrich Bremer
Herr Thomas Iseke
Frau Inge Müller
Herr Willi Ostermann
Herr Matthias Rabe
Frau Magdalena Rozanska
Herr Jürgen Schart
Herr Steffen Schlakat
Frau Anja Sternbeck
Frau Melanie Stoy
Herr Volker vom Hofe
Herr Dietrich von Dessien

Beratende Mitglieder

Herr Harald Baumann (bis 19:30 Uhr, TOP I.8)
Herr Peter Hake
Frau Ute Lamla
Herr Raimar Riedemann

Verwaltungsangehörige

Herr Sebastian Fleischer Fachdienst Tiefbau (bis 18:10 Uhr, TOP I.1)
Frau Marie Kühn Fachdienst Zentrale Dienste, Protokoll

Zuhörer/innen

Zuhörer/innen 2 Personen

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:17 Uhr

Tagesordnung

Vorlage Nr.

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 04.01.2017
3. Berichte und Bekanntgaben
- 3.1. Ratssitzung am 19. Januar 2017 zu TOP 9 Neubau des Rathauses und Innenstadtentwicklung **2017/001**
- 3.2. Regionales Naherholungsprogramm 2016 **2016/372**
- 3.3. Aufstellung eines Naturparkplans durch die Region Hannover **2016/383**
4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
5. Anlage eines Schau- und Schulparks an der Kooperativen Gesamtschule (KGS) als einen Beitrag zum Projekt des AKS (Aktionsprogramm Klimaschutz) "Klimaschutz verwurzeln" **2016/395**
6. Strategie für ein städtisches Grünflächenmanagement **2016/209/1**
7. Initiativantrag der AfD (Alternative für Deutschland) zur Änderung des 2. Bauabschnittes der Sanierung der Mecklenhorster Straße
8. Mahnmal für ermordete und vertriebene jüdische Neustädterinnen und Neustädter
9. Entscheidung über Projekte, die durch Ortsratsmittel gefördert werden könnten
10. Ergebnisse Treffen Ortsbürgermeister
- 10.1. Mitfahrbänke
- 10.2. Schulwegsicherung
- 10.3. Neufassung Wahllokale/Wahlbezirke
11. Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ortsbürgermeister Sommer eröffnet die Sitzung; er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Da die Sanierung des 2. Teilabschnittes der Mecklenhorster Straße bereits von den zuständigen Gremien beschlossen wurde, wird der Tagesordnungspunkt I.7 (Initiativantrag der AfD zur Änderung des 2. Bauabschnittes der Sanierung der Mecklenhorster Straße) auf Antrag der CDU-Fraktion nach kurzer Diskussion mit 12 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung von der Tagesordnung abgesetzt.

Hinweis der Verwaltung:

*Eine Stellungnahme des Fachdienstes Tiefbau zum Antrag der AfD-Fraktion ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.*

Die Informationsvorlage Nr. 2017/003 (Beteiligung der Ortsräte; Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der Ortsräte für den Haushalt 2017) soll in Kürze im Rahmen eines interfraktionellen Treffens besprochen werden, damit die Rückmeldungen und Ideen des Ortsrates noch rechtzeitig über die Ratsfraktionen in die Haushaltsberatungen eingebracht werden können.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 04.01.2017

Frau Kühn weist darauf hin, dass die beratenden Ortsratsmitglieder versehentlich nicht in der Anwesenheitsliste zum Protokoll aufgeführt wurden. Auf die Zahlung der Sitzungsgelder habe dies keine Auswirkungen.

Der Ortsrat fasst bei einer Enthaltung einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 04.01.2017 wird genehmigt.

3. Berichte und Bekanntgaben

- a) Frau Kühn teilt zu einer Anfrage aus der letzten Sitzung des Ortsrates zum Bebauungsplan Nr. 152 A "Königsberger Straße - Nord" mit, dass die Planung der Außenfläche nicht Gegenstand des bauleitplanerischen Verfahrens ist. Im Rahmen des Hochbauverfahrens werde aber eine Außenfläche mit einer Größe von 12 m² pro Kind erstellt.
- b) Ortsbürgermeister Sommer weist darauf hin, dass auch Ortsratsmitglieder an den in der **Anlage 2** zum Protokoll aufgeführten Schulungen

teilnehmen können.

- c) Herr Sommer kündigt beziehungsweise auf den Tagesordnungspunkt 1.9 (Entscheidung über Projekte, die durch Ortsratsmittel gefördert werden könnten) an, dass die Ortsratsmittel künftig möglicherweise nicht mehr auf privaten Konten der Ortsbürgermeister verwaltet, sondern auf Anforderung von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden sollen. Außerdem sei ihm mitgeteilt worden, dass auch für die Kernstadt ein Budget zur Pflege des Ortsbildes in aktueller Höhe von etwa 9.000 EUR existiert. Der Standard-Tagesordnungspunkt zur Verwendung von Ortsratsmitteln soll in diesem Zusammenhang um die Verwendung des Budgets „Pflege des Ortsbildes“ erweitert werden.

Hinweis der Verwaltung:

*Eine aktuelle Aufstellung zum Budget „Pflege des Ortsbildes“ ist dem Protokoll als **Anlage 3** beigelegt. Die Mittel für das Jahr 2017 werden nach Genehmigung der Haushaltssatzung freigegeben.*

- d) Ortsbürgermeister Sommer berichtet über eine Besprechung zum Wasserrecht der Ecksteinmühle. Der Entwurf einer Stellungnahme der Verwaltung soll im Rahmen eines entsprechenden Tagesordnungspunktes in der nächsten Sitzung des Ortsrates besprochen werden. Bis dahin soll auch der Zusammenhang zwischen dem Pegelstand der Kleinen Leine, der Staumarke an der Ecksteinmühle und der Regenwasserkanalisation in der Innenstadt geklärt werden.

Hinweis der Verwaltung:

*Die zugehörigen Unterlagen sind dem Protokoll als **Anlage 4** beigelegt.*

- e) Herr von Dessien kritisiert in Bezug auf die nachfolgenden Tagesordnungspunkte, dass die Anlagen zu den zugehörigen Informationsvorlagen nur online zur Verfügung stehen. Einige Mandatsträger würden aber die Arbeit mit gedruckten Versionen bevorzugen. Die Verwaltung soll ein faires Verfahren vorschlagen, das diesem Anspruch gerecht wird. Die Anlagen zu allen Vorlagen, die dem Ortsrat zur Beratung vorgelegt werden, sollen in Zukunft immer mindestens den Sprechern der Fraktionen im Ortsrat auch in Papierform zur Verfügung stehen. Herr Sommer ergänzt, dass dies auch für Übersichtspläne gelten muss, die den Vorlagen beigelegt werden.

Bei Vorlagen, die sich auf Bezugsvorlagen aus vergangenen Wahlperioden beziehen, sollen die Bezugsvorlagen den neuen Ortsratsmitgliedern zwecks angemessener Vorbereitung ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

Frau Müller beantragt sodann die Ausstattung sämtlicher Ortsratsmitglieder mit iPads zur Teilnahme an der elektronischen Arbeitsweise. Andernfalls liege eine Ungleichbehandlung gegenüber den Ratsmitgliedern vor.

- 3.1. Ratssitzung am 19. Januar 2017
zu TOP 9 Neubau des Rathauses und Innenstadtentwicklung** **2017/001**
- Der Ortsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.
- 3.2. Regionales Naherholungsprogramm 2016** **2016/372**
- Der Ortsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.
- 3.3. Aufstellung eines Naturparkplans durch die Region Hannover** **2016/383**
- Der Ortsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.
- 4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen
Kommunalverfassungsgesetzes**
- Die Frage eines Einwohners, welche Leistungen der Ortsrat bei der Ausführung des Konzeptes zu den Tagesordnungspunkten I.3.2. und I.3.3. erbringt und wer ansonsten für dessen Ausführung verantwortlich ist, wird zwecks Beantwortung an die Verwaltung weitergeleitet.
- 5. Anlage eines Schau- und Schulparks an der Kooperativen Gesamtschule (KGS) als einen Beitrag zum Projekt des AKS (Aktionsprogramm Klimaschutz) "Klimaschutz verwurzeln"** **2016/395**
- Das Projekt wird vom Ortsrat grundsätzlich begrüßt. Die Vorlage wird aber einvernehmlich zurückgestellt, bis verschiedene Fragen der Ortsratsmitglieder geklärt sind.
- Herr Schlakat möchte wissen, was genau gepflanzt werden soll. Er regt an, Bäume bei der Stadtgärtnerei Hannover zu kaufen. Die Pflanzen würden dort selbst gezogen und nicht importiert. Außerdem bittet Herr Schlakat um Mitteilung des konkreten Realisierungszeitraumes und eine Aufschlüsselung der Finanzierung (Spenden, Fördermittel, Verpflichtungen Ersatzpflanzungen).
- Herr Laub bittet zunächst zu klären, ob die für den Park vorgesehene Fläche in Zukunft eventuell für eine Erweiterung der Räumlichkeiten der KGS benötigt werden könnte. Er verweist auf die aktuelle Containerlösung und den weiter steigenden Raumbedarf. Hierbei sollen auch mögliche Auswirkungen einer Sanierung bzw. eines Neubaus des Schulzentrums Süd betrachtet werden.
- Frau Rozanska fragt an, wer die Unterhaltungskosten für den Schau- und Schulpark tragen soll und stellt infrage, ob ein jährlicher Ansatz in Höhe von 1.300 EUR genügt. Sie weist darauf hin, dass es sich bei der KGS um eine budgetierte Schule handelt. Ferner bittet sie um eine Evaluation des Aktionsprogrammes Klimaschutz und Siedlungsentwicklung hinsichtlich des bisherigen Nutzens, bereits umgesetzter Maßnahmen und weiterer Planungen.

Ortsbürgermeister Sommer fragt im Hinblick auf das an die KGS angrenzende neue Hallenbad an, ob es nicht sinnvoller wäre, für den Park die Freiflächen auf der anderen Seite der Schule zu nutzen.

6. Strategie für ein städtisches Grünflächenmanagement

2016/209/1

Die Vorlage wird wegen Beratungsbedarf einvernehmlich zurückgestellt.

Herr Laub möchte in Anbetracht verschiedener anstehender Großprojekte im Baubereich zunächst klären, ob das Grünflächenmanagement parallel hierzu umgesetzt werden kann und soll oder ob stattdessen Prioritäten gesetzt werden sollten.

Herr Iseke ist der Meinung, dass das Verfahren bereits angelaufen ist und den Gremien jetzt nur noch zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Es soll geklärt werden, ob das Projekt schon im städtischen Haushalt berücksichtigt wurde oder noch eine Verschiebung in die Folgejahre möglich wäre.

Der umfangreiche Projektbericht, welcher der Vorlage als Anlage beigefügt wurde, soll von der Verwaltung im Ortsrat vorgestellt werden. Es wird festgestellt, dass auch die Bezugsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt nicht dem gesamten Ortsrat zur Verfügung gestellt wurde. Der Ortsrat betrachtet es als Bringschuld der Verwaltung, sämtliche notwendige Informationen zur Verfügung zu stellen, wenn dem Ortsrat Themen zur Beschlussfassung und Beratung vorgelegt werden.

7. Initiativantrag der AfD (Alternative für Deutschland) zur Änderung des 2. Bauabschnittes der Sanierung der Mecklenhorster Straße

Der Punkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

8. Mahnmal für ermordete und vertriebene jüdische Neustädterinnen und Neustädter

Ortsbürgermeister Sommer weist auf die als **Anlage 5** zum Protokoll vorliegende Bekanntgabe des Fachdienstes Bürgermeisterreferat hin.

Die Fraktionen SPD, UWG und AfD im Ortsrat unterstützten die Maßnahme, sofern sie kostenneutral für die Stadt Neustadt a. Rbge. ist. Als möglicher Standort wird der Bereich mit den bereits vorhandenen Denkmälern an der Suttorfer Straße vorgeschlagen.

Herr von Dessien hält es für unehrlich, die Maßnahme zunächst auf der Einnahmen- und Ausgabenseite in den städtischen Haushalt einzustellen und sie dann bei eventuell ausbleibenden Spendeneingängen nicht umzusetzen. Seitens der Fraktionen CDU und B'90/Die Grünen wird in diesem Zusammenhang die Bereitschaft geäußert, fehlende Mittel bei Bedarf auch aus dem städtischen Haushalt bzw. den Finanzmitteln des Ortsrates zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung soll klären, ob die Möglichkeit der Einrichtung einer Haushaltsstelle zur Abwicklung des Projektes auch über ein Haushaltsjahr hin-

aus besteht. Die Übertragung von Mitteln und das Ausstellen von Spendenquittungen sollen möglich sein.

Nach kurzer Diskussion über die Notwendigkeit eines Mahnmals fasst der Ortsrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Ortsrat der Ortschaft Neustadt a. Rbge. unterstützt die Errichtung eines Mahnmals für ermordete und vertriebene jüdische Neustädterinnen und Neustädter auf städtischem Grund. Einer Spendensammlung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird gebeten, eine sichere Möglichkeit für die Sammlung und Verbuchung eingehender Spenden vorzustellen.

9. Entscheidung über Projekte, die durch Ortsratsmittel gefördert werden könnten

Nach kurzer Diskussion fasst der Ortsrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Zur Anschaffung einer zusätzlichen Hütte für den Weihnachtsmarkt in der Kernstadt werden 370 EUR aus Repräsentationsmitteln zur Verfügung gestellt.

- - -

Der neue Stand auf dem Weihnachtsmarkt soll für die Vorstellung örtlicher Vereine genutzt werden. Über die konkrete Ausgestaltung soll zunächst eine Arbeitsgruppe beraten, deren Mitglieder in der nächsten Ortsratssitzung benannt werden sollen. Auch eine finanzielle Unterstützung bestimmter Veranstaltungen ist denkbar.

Als weitere förderungswürdige Maßnahme schlägt Herr Ostermann die Fortsetzung der Tradition des Neubürgerempfangs vor. Auch hierüber soll zunächst in der Arbeitsgruppe gesprochen werden.

Ferner sollen örtliche Gruppen und Vereine die Förderung konkreter Projekte für die Kernstadt beantragen können. Die Möglichkeit soll über die örtliche Presse bekanntgegeben werden. Es ist noch zu entscheiden, ob die Anträge zunächst gesammelt werden und dann von der Arbeitsgruppe in festen Abständen hinsichtlich ihrer Förderwürdigkeit bewertet und dem Ortsrat anschließend zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen oder ob eine Beschlussfassung nach spontaner Vorbesprechung in der Arbeitsgruppe immer dann erfolgen soll, sobald ein Antrag beim Ortsrat eingeht. Damit die Mittel nicht unüberlegt und auf Zuruf verteilt werden, schlägt Herr Ostermann die Aufstellung einer Regelung ähnlich der als **Anlage 6** zum Protokoll vorliegenden Richtlinie zur Kulturförderung vor.

Nach weiterer Beratung fasst der Ortsrat bei 3 Enthaltungen einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die Errichtung eines Mahnmals für ermordete und vertriebene jüdische

Neustädterinnen und Neustädter werden 1.700 EUR als Anschubfinanzierung aus dem Budget „Pflege des Ortsbildes“ zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung möge klären, an welche Stelle der Zuschuss zu buchen ist.

- - -

Nach Klärung der haushaltstechnischen Abwicklung durch die Verwaltung soll ein Pressetermin zur symbolischen Übergabe des Zuschusses an die Initiatoren des Projekts stattfinden. In Verbindung damit soll für weitere Spenden geworben werden.

Herr Sommer teilt sodann mit, dass er dem FC Wacker Neustadt anlässlich einer Veranstaltung am 03.02.2017 einen Betrag aus den Verfügungsmitteln des Ortsbürgermeisters zukommen lassen werde.

10. Ergebnisse Treffen Ortsbürgermeister

10.1. Mitfahrbänke

Herr Sommer berichtet, dass die Verwaltung den Vorschlag unterbreitet habe, Mitfahrbänke auch in der Kernstadt einzurichten.

Die zugehörige Präsentation der Verwaltung soll den Ortsratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

10.2. Schulwegsicherung

Es soll darüber nachgedacht werden, ob die vorhandenen und in Form von gelben Füßen markierten Wege richtig und vollständig sind.

10.3. Neufassung Wahllokale/Wahlbezirke

Herr Sommer berichtet, dass es immer schwieriger werde, freiwillige Wahlhelfer zu finden und die Wahllokale deshalb zusammengefasst werden sollen. Für den Bereich der Kernstadt soll darüber nachgedacht werden, welche der vorhandenen Wahllokale nicht behindertengerecht sind. Außerdem soll beurteilt werden, ob für das Auenland ein weiteres Wahllokal eingerichtet werden muss. Wenn ja, soll auch ein Standort vorgeschlagen werden.

- - -

Alle drei Punkte sollen in den Fraktionen diskutiert und in der nächsten Sitzung des Orsrates wieder aufgegriffen werden.

11. Anfragen

- a) Herr Schlakat bittet um Auskunft über den aktuellen Sachstand zum 100-Bäume-Programm. Es soll beispielsweise mitgeteilt werden, wie viele Bäume bisher gepflanzt wurden und wie das weitere Vorgehen aussehen soll.

- b) Herr Sommer spricht an, dass ein Teil der Apothekengasse zwischen Leinstraße und Mittelstraße durch Verkaufsstände eines Geschäfts versperrt wird. Er fragt an, ob es sich um eine private oder eine öffentliche Straße handelt, mit welcher Berechtigung sie versperrt wird und wer für die Pflege und Reinigung der Straße verantwortlich ist.

Da weder Bekanntgaben noch Anfragen in vertraulichen Angelegenheiten vorliegen und auch kein Protokollinhalt aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Ortsratssitzung zu genehmigen ist, besteht Einvernehmen darüber, den nicht öffentlichen Sitzungsteil entfallen zu lassen.

Grundsätzlich soll bei der Aufstellung der Tagesordnung aber weiterhin standardmäßig ein nicht öffentlicher Sitzungsteil aufgenommen werden, um eventuell vorliegende vertrauliche Bekanntgaben oder Anfragen behandeln zu können.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Ortsbürgermeister Sommer die Sitzung um 20:17 Uhr.

Der Bürgermeister

Ortsbürgermeister

Im Auftrag

(zgl. Protokoll)

Neustadt a. Rbge., 02.02.2017